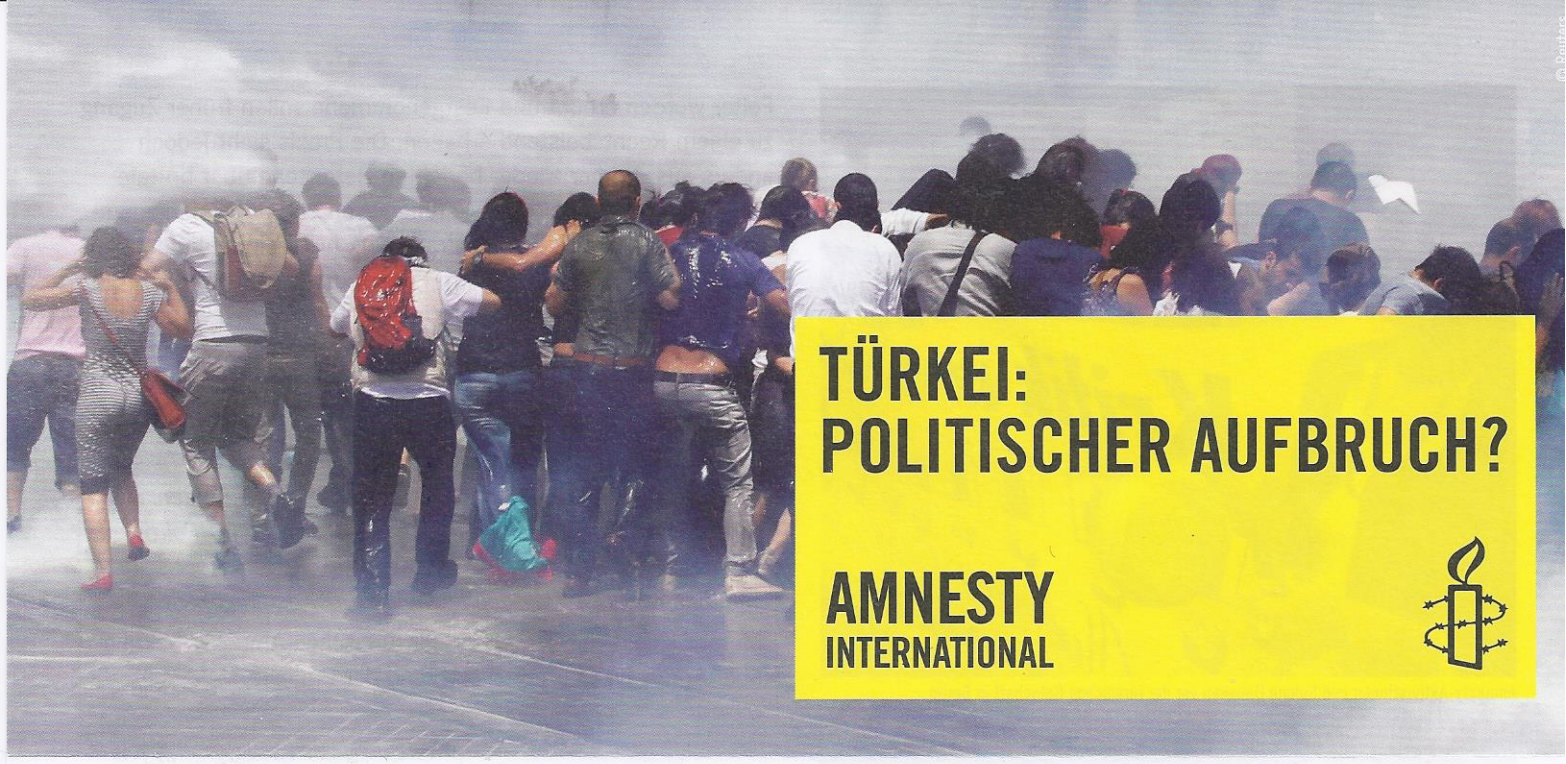

TÜRKEI: POLITISCHER AUFBRUCH?

AMNESTY INTERNATIONAL

Istanbul im Ausnahmezustand. Es beginnt am 27. Mai mit friedlichen Protesten am Taksim-Platz. Die Polizei reagiert mit exzessiver Gewalt, Wasserwerfern und Tränengas. Jedes Mittel ist recht, um die Proteste zu zerschlagen. Die Bilanz: Tausende Verletzte, mindestens fünf Tote und hunderte Festnahmen.

„Am 5. Juni 2013 kam ich nach Istanbul. Meine ersten Erfahrungen mit Tränengas machte ich am 11. Juni: Es herrschte eine friedliche Atmosphäre am Taksim-Platz. Dann kam die Polizei. Plötzlich feuerten sie sechs oder sieben Tränengas-Kanister in unsere Richtung. Du fühlst es nicht sofort, du siehst nur weißen Rauch. Ein paar Sekunden später fangen deine Augen an zu tränen, deine Haut fühlt sich an, als würde sie brennen, dir wird schlecht und du willst einfach nur weg."

Amnesty-Mitarbeiter Andrew Gardner (Foto) erlebte das Ausmaß der Gewalt am eigenen Leib.

LANDESWEITE PROTESTE

Anlass für Andrew Gardners Ermittlungsreise nach Istanbul sind die Proteste um den Gezi-Park. Der Park soll einem öffentlichen Bauvorhaben weichen, so hat es die Regierung beschlossen. Ein Plan, den unzählige Menschen verhindern wollen – friedlich. Die Polizei reagiert mit unverhältnismäßiger Gewalt und willkürlichen Festnahmen. Aus der Wut der Menschen in Istanbul entwickeln sich landesweite Proteste. Sie richten sich gegen den autoritären Regierungsstil von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan.

Die Vorfälle am Gezi-Park haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Gebrodelt hat es schon lange. Die türkische Bevölkerung schreit nach mehr Demokratie und fordert eine menschenrechtskonforme Verfassung. Ministerpräsident Erdoğan war 2002 mit Demokratisierungsversprechen angetreten, erste hoffnungsvolle Schritte wurden jedoch nicht fortgesetzt.

MEINUNGSFREIHEIT FEHLANZEIGE

Erdoğan versucht seinen islamisch-konservativen Einfluss nicht nur in alle gesellschaftlichen Bereiche, sondern auch auf das Privatleben der BürgerInnen auszuweiten. Andersdenkende werden verfolgt. Ermöglicht durch Gesetze, die auch heute noch nicht internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen. Besonders Teile des Strafgesetzes und die Anti-Terror-Gesetze geben unfairen Gerichtsverfahren eine Grundlage. Die darin enthaltene, weit gefasste, Definition von Terrorismus macht einiges möglich: Es reicht die Teilnahme an einer Demonstration oder ein regimekritischer Artikel und schon kann man wegen „Terrorverdacht" angeklagt oder sogar verurteilt werden. Hunderte Menschen sind derzeit betroffen. Darunter viele AnwältInnen, StudentInnen, friedliche Demonstrierende und JournalistInnen. Zudem wurden Fernsehsender und Zeitungen in den vergangenen Jahren weitgehend gleichgeschaltet. Soziale Medien beschimpft Erdoğan als „Plage", da sie sich schwer kontrollieren lassen. Die Videoplattform Youtube war zwei Jahre lang von der Regierung gesperrt. Seit 2012 ist sie wieder online – mit mehr Kontrollen.

Eine Frau mit Friedensflagge stellt sich einem Einsatzfahrzeug in Istanbul entgegen.

AMNESTY INTERNATIONAL, ZINNOWITZER STR. 8, 10115 BERLIN, INFO@AMNESTY.DE, WWW.AMNESTY.DE, TELEFON: 030/ 42 02 48-0

© Marlo Prinke

Amnesty-AktivistInnen und Selmin Çalışkan vor der türkischen Botschaft in Berlin.

Zur Sicherstellung der freien Meinungsäußerung fordert Amnesty International von der türkischen Regierung u.a. folgende Anpassung des Strafgesetzes und der Anti-Terrorgesetze:

- „Beleidigung" als zivilrechtliche Angelegenheit zu behandeln und aus dem Strafgesetzbuch zu streichen;
- die Artikel „Verunglimpfung der türkischen Nation" und „Loben einer Straftat oder eines Straftäters" im Strafgesetz aufzuheben;
- die vage und ausufernde Definition von „Terrorismus" in den Anti-Terrorgesetzen mit der Definition von Terrorismus der Vereinten Nationen in Übereinstimmung zu bringen.

POLIZEIGEWALT AN DER TAGESORDNUNG

Regelmäßig werden friedliche Proteste in der Türkei von Polizeigewalt überschattet. Und das nicht erst seit den Protesten um den Gezi-Park. So kam es im Dezember 2012 zu einem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz gegen demonstrierende Studenten an der Technischen Universität in Ankara. Anlass für den Protest war ein Besuch des Ministerpräsidenten Erdoğan. 3000 PolizistInnen und 100 gepanzerte Fahrzeuge waren im Einsatz. Tränengas und Lärmbomben wurden ohne Vorwarnung eingesetzt. 50 Demonstrierende wurden verletzt, einige von ihnen schwer. Schon länger beklagen türkische Menschenrechtsorganisationen eine Zunahme von Polizeigewalt. Ein 2007 verabschiedetes Gesetz über die „Befugnisse und Aufgaben der Polizei" verschlimmerte die Lage. PolizistInnen dürfen seitdem auf flüchtende Verdächtige schießen, wenn ein Befehl zum Halten nicht befolgt wird. Tödliche Waffen werden ohne Zögern eingesetzt.

ENDE VON FOLTER NICHT IN SICHT

„Null Toleranz gegenüber Folter" – das hatte die Regierung Erdoğan bei ihrem Amtsantritt 2002 versprochen. Zumindest theoretisch wurde das Versprechen gehalten: die Strafen für Folter wurden erhöht und Festgenommene sollen früher Zugang zu einem Rechtsbeistand erhalten. Die Praxis sieht jedoch anders aus. Immer wieder berichten Betroffene über brutale Gewalt bei Festnahmen, in Gefängnissen und auf Gefangenentransporten. „Folter" ist im Strafgesetz nicht eindeutig definiert. Die Folge: Es werden vor allem Foltermethoden verwendet, die kaum körperliche Spuren hinterlassen. Betroffenen wird nicht zugehört. Täter werden selten zur Verantwortung gezogen. Die Spuren von Folter werden unsichtbar.

„Wir haben über 250 Menschen in unseren Büros am Taksim-Platz behandelt, hauptsächlich wegen Tränengaseffekten. Als wir aus dem Fenster schauten, waren dort unzählige Polizisten. Wir hatten eine riesige Angst entdeckt zu werden. Aber selbstverständlich hätten wir auch verletzten Polizisten geholfen."

Murat Çekiç, Generalsekretär der türkischen Amnesty-Sektion über Amnestys „Lazarett" während der Proteste.

Amnesty deckt kontinuierlich Fälle von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und anderen Ländern auf und macht sie bekannt. Amnesty-MitarbeiterInnen ermitteln vor Ort und liefern wertvolle Informationen. Wir setzen uns mit Eilaktionen für akut bedrohte Menschen ein und machen Druck auf Regierungen. Sie können uns dabei helfen.

Amnesty International fordert von den türkischen Behörden dringend:

- keine Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrierende anzuwenden;
- in Haft Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen;
- die sofortige Freilassung der Verhafteten, die Bekanntgabe ihrer Aufenthaltsorte und Zugang für Familienangehörige und AnwältInnen, solange sie noch in Haft sind;
- unabhängige und unparteiische Untersuchungen der gewaltsamen Polizeieinsätze sowie die Bestrafung der Verantwortlichen;
- die Respektierung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und die Zulassung friedlicher Proteste;
- effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Folter.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für eine friedliche und demokratische Türkei mit Ihrer Spende. Denn um politisch und finanziell unabhängig zu bleiben, nehmen wir keine staatlichen Mittel an. Nutzen Sie den beiliegenden Überweisungsträger. Vielen Dank! Teşekkürler!

AMNESTY INTERNATIONAL